

Nr. 15**Feldbrugge gegen Niederlande – Entschädigung**

Urteil vom 27. Juli 1987 (Plenum)

Ausgefertigt in französischer und englischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, veröffentlicht in Série A / Series A Nr. 124-A.

Beschwerde Nr. 8562/79, eingelegt am 16. Februar 1979; am 12. Oktober 1984 von der Kommission vor den EGMR gebracht.

EMRK: Gerechte Entschädigung, Art. 50 (Art. 41 n.F., Text in EGMR-E 1, 654).

Ergebnis: Ersatz für immateriellen Schaden; Kausalität für materiellen Schaden nicht nachgewiesen; Ersatz für Kosten medizinischer und psychologischer Beratung im Hinblick auf das Verfahren zu Art. 50.

Sondervoten: Keine.

Innerstaatliche Umsetzung des Urteils, Überwachung durch das Ministerkomitee (gem. Art. 54 [Art. 46 n.F.]): Das Ministerkomitee des Europarats teilt im Anhang zu seiner Entschließung DH (92) 8 vom 20. Februar 1992 mit, dass das Gesetz über die Einlegung von Rechtsmitteln von 1955 (Beroepswet) mit Gesetz vom 11. September 1991, in Kraft seit 1. Oktober 1991, geändert wurde. Damit ist die in Ziff. 13 des nachstehenden Urteils angekündigte Gesetzesreform erfolgt. Art. 142 des Gesetzes von 1991 macht die Anrufung der Rechtsmittelkommission und der Zentralen Rechtsmittelkommission nicht mehr von den vier abschließend aufgezählten Gründen abhängig (s.o. Urteil in der Hauptsache, S. 141 u. 148, Ziff. 45).

Sachverhalt und Verfahren:

(Zusammenfassung)

[Ziff. 1.-5.] In seinem Hauptsache-Urteil vom 29. Mai 1986, EGMR-E 3, 138 hat der Gerichtshof eine Verletzung von Art. 6 Abs. 1 der Konvention festgestellt, da die Beschwerdeführerin (Bf.), Geziena Hendrika Maria Feldbrugge bei der Durchsetzung des sozialversicherungsrechtlichen Anspruchs auf Krankengeld kein faires Verfahren hatte.

Die Entscheidung zu Art. 50 hatte der Gerichtshof vorbehalten und am 25. Juni 1987 beschlossen, auf eine mündliche Verhandlung zu verzichten.

Entscheidungsgründe:

(Übersetzung)

6. Art. 50 der Konvention lautet wie folgt:

„Erklärt die Entscheidung des Gerichtshofs, dass eine Entscheidung oder Maßnahme einer gerichtlichen oder sonstigen Behörde eines der Hohen Vertragsschließenden Teile ganz oder teilweise mit den Verpflichtungen aus dieser Konvention in Widerspruch steht, und gestatten die innerstaatlichen Gesetze des erwähnten Hohen Vertragsschließenden Teils nur eine unvollkommene Wiedergutmachung für die Folgen dieser Entscheidung oder Maßnahme, so hat die Entscheidung des Gerichtshofs der verletzten Partei gegebenenfalls eine gerechte Entschädigung zuzubilligen.“

Die Bf. beantragt eine gerechte Entschädigung für erlittenen Schaden und Erstattung von Kosten und Auslagen.

I. Der Schaden

7. Die Bf. behauptet, wegen der Verletzung von Art. 6 Abs. 1 der Konvention einen Schaden in zweifacher Hinsicht – materiellen und immateriellen Schaden – erlitten zu haben, und beantragt eine finanzielle Entschädigung.

A. Materieller Schaden

8. Die Bf. verlangt die Zahlung der Leistungen, auf die sie Anspruch gehabt hätte, wenn sie 1978 im Sinne des Gesetzes über die Krankenversicherung (Ziektewet) für arbeitsunfähig erklärt worden wäre, und danach – zwei Jahre später – im Sinne des Gesetzes über Arbeitsunfähigkeit (Arbeidsongeschikheidswet) für arbeitsunfähig erklärt worden wäre. Die geforderte Summe – 186.415,01 Gulden [ca. 84.591,- Euro]¹ per 31. Dezember 1986 – entspricht also den Leistungen der Krankenversicherung und einer Rente wegen Arbeitsunfähigkeit. Der Betrag war von dem „gemeinsamen Verwaltungsbüro“ (Gemeenschappelijk Administratiekantoor) berechnet worden, dem von den Berufsorganisationen die Verwaltungsaufgaben übertragen worden waren, die sich aus der Durchführung des Gesetzes über die Krankenversicherung ergibt (Urteil in der Hauptsache vom 29. Mai 1986, Série A Nr. 99, Seite 9, Ziff. 15, EGMR-E 3, 139).

Für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 1986 möchte die Bf. wegen ihrer vollständigen Arbeitsunfähigkeit den Anspruch auf eine Arbeitsunfähigkeitsrente zuerkannt bekommen, die in den Niederlanden 70 % des letzten Gehalts beträgt.

Ihre Forderungen stützten sich im Wesentlichen auf den Bericht eines Büros für psychologische Beratung mit Datum vom 19. Februar 1987, der auf Initiative der Bf. hin verfasst wurde.

9. Die Regierung trägt vor, zwischen der festgestellten Konventionsverletzung und dem behaupteten materiellen Schaden bestehe keine Kausalität. Insbesondere weise nichts darauf hin, dass die Bf. für arbeitsunfähig und demzufolge anspruchsberechtigt erklärt worden wäre, wenn das Verfahren vor dem Präsidenten der Rechtsmittelkommission von Haarlem kontradiktorischen Charakter gehabt hätte.

Der Delegierte der Kommission hält ebenfalls keinen Kausalzusammenhang für erwiesen.

10. Der Gerichtshof kann nicht darüber spekulieren, welchen Ausgang das umstrittene Verfahren ohne die Konventionsverletzung genommen hätte.

Im Hinblick auf den eventuellen Verlust von Möglichkeiten wegen der Konventionsverletzung ist die Feststellung angebracht, dass die beiden von der Bf. vorgelegten Berichte nichts Erhellendes enthalten. Sie wurden acht Jahre nach den umstrittenen Vorgängen verfasst und stammen von Personen, die beruflich auf sehr unterschiedlichen Gebieten tätig sind – Psychologie und Orthopädie. Vor allem widersprechen sie sich: Nach dem ersten Bericht haben die von der Bf. in ihrem beruflichen Leben durchlittenen Widrigkeiten ihren Gesundheitszustand dermaßen verschlechtert, dass sie ab 1978 und bis zum Ende ihrer Tage, zu einer beruflichen Tätigkeit nicht mehr fähig gewesen sei. Nach dem zweiten Bericht dagegen hätte ein 1978 erstattetes Gegengut-

¹ Anm. d. Hrsg.: Die hier und nachstehend in Klammern angegebene Umrechnung in Euro (gem. offiziellem Kurs: 1 Euro = 2,20371 NLG bzw. in Ziff. 20: 1 Euro = 6,55957 FF) dient einer ungefähren Orientierung. Durch Zeitablauf bedingte Wertveränderungen sind nicht berücksichtigt.

achten wahrscheinlich nicht zu anderen Schlussfolgerungen geführt, als sie zur damaligen Zeit von den beiden ständigen medizinischen Sachverständigen bei der Rechtsmittelkommission von Haarlem formuliert worden sind, und zwar von einem Gynäkologen und einem orthopädischen Chirurgen (Urteil vom 29. Mai 1986, Série A Nr. 99, S. 8, Ziff. 12, EGMR-E 3, 139).

Außerdem stellt der Gerichtshof fest, dass die beiden genannten Sachverständigen ihrerseits drei Kollegen – einen Gynäkologen und zwei Allgemeinmediziner, darunter den Arzt der Bf. (ebd.) – konsultiert haben, allerdings nicht die Meinung eines Psychologen eingeholt zu haben scheinen.

Kurz gesagt, im vorliegenden Sachverhalt beweist nichts, dass die Bf. wegen der möglichen Folgen der festgestellten Konventionsverletzung einen Verlust von Möglichkeiten erlitten hätte, der zu berücksichtigen wäre.

B. Immaterieller Schaden

11. Für immateriellen Schaden verlangt die Bf. eine Entschädigung von 20.000,- Gulden [ca. ca. 9.076,- Euro]. Sie trägt vor, über Jahre hinweg unter erhöhtem Stress gestanden zu haben wegen des Verlusts der Zahlungen an Krankengeld und Rente, die ihr nach den Gesetzen über die Krankenversicherung und über die Arbeitsunfähigkeit zugestanden hätten. Sie fügt hinzu, sie habe ihren Lebenszuschnitt wie auch den ihrer Familie ändern müssen und ihre Ausgaben nach dem Ausbleiben der Zahlungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung einschränken müssen.

12. Die Regierung ist der Ansicht, dass eine finanzielle Entschädigung nicht geboten ist, da die Feststellung einer Verletzung von Art. 6 Abs. 1 per se eine hinreichende gerechte Entschädigung für die Bf. darstellt. Der Delegierte der Kommission ist derselben Ansicht.

13. Der Gerichtshof nimmt die Angaben der Regierung im Hinblick darauf zur Kenntnis, welche Maßnahmen im Anschluss an das Urteil vom 29. Mai 1986 ergriffen wurden. Zum Einen haben die Präsidenten der Rechtsmittelkommissionen erklärt, dass künftig Einzelpersonen in jedem Fall gegen die Entscheidungen des Spruchkörpers der ersten Instanz Gegenvorstellungen erklären können. Zum Anderen befindet sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, um künftig Verletzungen von Art. 6 Abs. 1 durch die Rechtsmittelkommissionen und durch die Zentrale Rechtsmittelkommission zu vermeiden.

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass das Verfahren vor dem Präsidenten der Rechtsmittelkommission von Haarlem keinen kontradiktorischen Charakter hatte, jedenfalls nicht in seinem entscheidenden Endstadium, und dass demzufolge die wesentlichen Garantien eines gerichtlichen Verfahrens nicht ausreichend gegeben waren (Urteil vom 29. Mai 1986 Série A Nr. 99, S. 17-18, Ziff. 44, EGMR-E 3, 147 f.). In dieser Hinsicht hat die Bf. einen immateriellen Schaden erlitten, der weder durch das Straßburger Urteil noch durch die von den Behörden des betroffenen Staates ergriffenen oder beabsichtigten Maßnahmen vollkommen ausgeglichen wurde.

Der Gerichtshof würdigt den Schaden, wie in Art. 50 gefordert, nach Billigkeitserwägungen (s. insbesondere sinngemäß *Colozza*, Urteil vom 12. Februar 1985, Série A Nr. 89, S. 17, Ziff. 38, EGMR-E 3, 10) und spricht der

Bf. zu diesem Punkt eine Entschädigung in Höhe von 10.000,- Gulden [ca. 4.538,- Euro] zu.

II. Kosten und Auslagen

A. Einleitung

14. Die Bf. fordert den Ersatz der Kosten für die verschiedenen Sachverständigengutachten sowie für den Rechtsbeistand ihres Anwalts.

Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs hat die verletzte Partei nur dann nach Art. 50 Anspruch auf Erstattung der Kosten und Auslagen, wenn sie diese aufgewandt hat, um die Konventionsverletzung in der innerstaatlichen Rechtsordnung zu verhindern oder zu korrigieren und um die Kommission und den Gerichtshof dazu zu veranlassen, diese Konventionsverletzung festzustellen und ihre Beseitigung zu bewirken (s. u.a. *Minelli*, Urteil vom 25. März 1983, Série A Nr. 62, S. 20, Ziff. 45, EGMR-E 2, 268). Die Aufwendungen müssen tatsächlich entstanden, notwendig entstanden und der Höhe nach angemessen sein (ebd.).

B. Kosten in den Niederlanden

15. Die Bf. trägt nicht vor, im Verfahren vor der Rechtsmittelkommission Haarlem bzw. vor der Zentralen Rechtsmittelkommission Kosten aufgewandt zu haben.

Andererseits beantragt sie die Erstattung der Kosten für drei Konsultationen, und zwar bei ihrem behandelnden Arzt (27,- Gulden [ca. 12,- Euro]), bei einem orthopädischen Chirurgen (475,- Gulden [ca. 216,- Euro]) und beim Büro für psychologische Beratung (1.000,- Gulden [ca. 454,- Euro]).

16. Weder der Verfahrensbevollmächtigte der Regierung noch der Delegierte der Kommission nehmen hierzu Stellung.

17. Der Gerichtshof stellt fest, dass die fraglichen Konsultationen jeweils zum Ziel hatten, im Hinblick auf das Verfahren zu Art. 50 das Vorliegen eines materiellen Schadens nachzuweisen, und dass die Regierung keine Einwände erhebt. Unter diesen Umständen ist es angebracht, der Bf. die an Ärzte und Psychologen gezahlten Honorare in Höhe von 1.502,- Gulden [ca. 682,- Euro] zu erstatten.

C. In Straßburg aufgewandte Kosten

18. Die Bf. erkennt an, bestimmte Beträge im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe vor Kommission und Gerichtshof erhalten zu haben. Sie erklärt allerdings, dass der Empfänger von Verfahrenskostenhilfe, wenn sich seine finanzielle Situation durch das in Straßburg geführte Verfahren oder aus irgendeinem anderen Grunde verbessert, nicht mehr die Voraussetzungen für die Gewährung von Verfahrenskostenhilfe erfüllt und demzufolge seine Anwaltskosten selbst tragen muss. Aus diesem Grunde fordert sie 48.855,25 Gulden [ca. 22.170,- Euro].

19. Die Regierung hält die Forderung für nicht begründet. Ihrer Ansicht nach hat die Bf. nicht nachgewiesen, dass sie ihrem Anwalt ein zusätzliches Honorar gezahlt hat oder noch schuldet. Ferner kann Rechtsanwalt Schuitemaker für eigene Rechnung nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs auf der

Grundlage des Art. 50 keine gerechte Entschädigung verlangen (*Luedicke, Belkacem und Koç*, Urteil vom 10. März 1980, Série A Nr. 36, EGMR-E 1, 361 f. und *Artico*, Urteil vom 13. Mai 1980 Série A Nr. 37, EGMR-E 1, 488 f.); er hat überdies die Bedingungen der seiner Mandantin bewilligten Prozesskostenhilfe, einschließlich der Gebührensätze, aus freien Stücken akzeptiert.

Der Delegierte der Kommission ist der Ansicht, dass die Bf. Anspruch auf Erstattung der Kosten und Auslagen vor den Konventionsorganen hat, dass allerdings die Entscheidung der Kommission vom 15. Oktober 1982 zu berücksichtigen ist, mit der die Kommission der Bf. Verfahrenskostenhilfe bewilligt hat.

20. Wie die Regierung stellt der Gerichtshof fest, dass die Bf. nicht behauptet und erst recht nicht bewiesen hat, ihrem Anwalt – der vom Europarat insgesamt 12.627,- Französische Francs [ca. 1.924,97 Euro] erhalten hat – weitere Honorare und Auslagen gezahlt zu haben oder noch zahlen muss, deren Ersatz sie verlangen könnte (s. insbesondere sinngemäß *Van Droogenbroek*, Urteil vom 25. April 1983 Série A Nr. 63, S. 8, Ziff. 15, EGMR-E 2, 103).

Im Übrigen ergibt sich aus den Akten nichts, was die von der Bf. vorgetragene Behauptung stützen könnte, in gewisser Weise rückwirkend den unentgeltlichen Beistand ihres Anwalts verloren zu haben. Insbesondere weist nichts darauf hin, dass die finanzielle Situation der Bf. sich im Laufe des Verfahrens in Straßburg wesentlich verbessert hätte, zumal die Zuerkennung einer Entschädigung für immateriellen Schaden (s.o. Ziff. 13) hierbei nicht zu berücksichtigen ist.

Aus diesen Gründen entscheidet der Gerichtshof einstimmig,

1. dass das Königreich der Niederlande der Bf. 10.000,- Gulden [ca. 4.538,- Euro] als Ersatz für immateriellen Schaden und 1.502,- Gulden [ca. 682,- Euro] als Ersatz für [ärztliche bzw. psychologische] Konsultationen zu zahlen hat;
2. den Antrag auf gerechte Entschädigung im Übrigen zurückzuweisen.

Zusammensetzung des Gerichtshofs (Plenum): die Richter Ryssdal, *Präsident* (Norweger), Wiarda (Niederländer), Cremona (Malteser), Thór Vilhjálmsson (Isländer), Ganshof van der Meersch (Belgier), Bindschedler-Robert (Schweizerin), Lagergren (Schwede), Gölcüklü (Türke), Matscher (Österreicher), Pinheiro Farinha (Portugiese), Pettiti (Franzose), Walsh (Ire), Sir Vincent Evans (Brite), Russo (Italiener), Bernhardt (Deutscher), Gersing (Däne), Spielmann (Luxemburger); *Kanzler:* Eissen (Franzose); *Vize-Kanzler:* Petzold (Deutscher)